Laschet erwartet von Ditib Konzentration auf religiöse Aufgaben

7. Mai 2018

Düsseldorf (KNA) Der nordrein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) hat den deutschtürkischen Moscheeverband Ditib aufgefordert, sich auf rein religiöse Aufgaben zu konzentrieren.

Der Verband müsse in Zukunft „zwischen seelsorgerischen Aufgaben und politischer Instrumentalisierung sauber trennen“, erklärte Laschet am Freitag vor Journalisten in Düsseldorf. Hier stehe die Ditib „in der Bringschuld“. Nach den Vorgängen der vergangenen Monate sei hier einiges an Klärung erforderlich.

Das Verhältnis zwischen Ditib und Landesregierung gilt seit der „Spionage-Affäre“ als belastet. Vor etwa einem Jahr waren Vorwürfe laut geworden, dass in deutschen Ditib-Moscheen Anhänger der Gülen-Bewegung ausgespäht worden sein sollen. Bei der jüngsten Bundesvorstandswahl der Ditib hatten sich Personen durchgesetzt, die für eine enge Anbindung des Moscheeverbandes an den türkischen Staat und dessen Religionsbehörde eintreten. Zuvor war die zum Reformflügel zählende Führung der Ditib-Jugend komplett zurückgetreten.

Die Beziehung der Landesregierung zur Ditib sei „weiter angespannt“, erklärte Laschet. Der Spionage-Vorgang sei inzwischen abgeschlossen. Alle unter Spionageverdacht stehende Imame hätten das Land verlassen. Solche Vorgänge seien nicht akzeptabel im Verhältnis zwischen Staat und Religion. Die Ditib müsse nun „Wege zur Normalisierung“ ihrer Zusammenarbeit mit der Landesregierung beschreiten. Immerhin betreibe der Verband einen Großteil der 900 Moscheen in NRW.

Es sei aber anzuerkennen, dass sich die Ditib über Jahrzehnte der Seelsorge der Muslime in Deutschland gewidmet habe, betonte Laschet. Für die Seelsorge der „Gastarbeiter-Generation“ aus der Türkei habe sich in den 1960er Jahren niemand interessiert. „Die einzigen, die das gemacht haben, waren die türkische Regierung und Ditib“, sagte der CDU-Politiker. Damals habe es sich jedoch um eine säkulare Türkei gehandelt. Zudem sei in den Ditib-Moscheen ein „säkularer Islam“ gepredigt worden. Durch die politischen Veränderungen in der Türkei sei der Streit über die Ditib in Deutschland „angespitzt“ worden.

(KNA – skpko-89-00163)

Stand: 13. November 2026